

Englands Handelskrieg.

Schon in den allerersten Tagen des Weltkrieges nahmen die zumeist völkerrechtswidrigen Handlungen Englands ihren Anfang, die auf eine vollständige Unterdrückung des Verkehrs der Neutralen mit den Mittelmächten sowie auf eine förmliche Rechtlosklärung des in England befindlichen privaten Eigentums der Deutschen, Oesterreicher und Ungarn abzielten. In allen früheren Kriegen hatte das Privateigentum für unantastbar gegolten. Der Grundsatz aller Kriegführung war gewesen, daß sich die feindlichen Staaten nur in Gestalt ihrer Heere bekämpfen, die Zivilbevölkerung aber nichts zu fürchten habe. England hat diesen Grundsatz gleich zu Anfang durchbrochen, und Monate hat es gedauert, bevor sich die Mittelmächte dazu entschließen konnten, Repressalien zu üben. Selbst die Internierung der österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsangehörigen, die in England friedlich ihrer Beschäftigung nachgegangen waren, in Konzentrationslagern, wurde von seiten Deutschlands erst nach vielen Wochen mit der gleichen Maßregel beantwortet, ebenso das von England dekretierte Verbot, Zahlungen an feindliche Ausländer zu leisten. Die britischen Staatsmänner wurden nicht müde, immer neue Vergewaltigungen und Schikanierungen zu ersinnen. Auf zwei in Paris abgehaltenen Wirtschaftskonferenzen wurde von ihnen ein ganzes Programm entworfen, wie der Handel der Mittelmächte nicht nur im Kriege, sondern auch nach dem Friedensschluß lahmgelegt werden könnte. In jüngster Zeit haben sich die unter Englands Führung stehenden Ententestaaten hauptsächlich darauf verlegt, wie der Handel der Neutralen mit uns und Deutschland vollständig unmöglich gemacht werden könnte, welchem Zweck auch die Anlegung von Proskriptionslisten dienen soll, auf welche alle neutralen Handelshäuser gesetzt werden sollen, die sich selbst auch nur indirekt, unterfangen, mit den Mittelmächten geschäftliche Verbindungen zu unterhalten. Ein weiteres Glied in dieser Kette ist die Zwangsliquidation deutscher und österreichisch-ungarischer Firmen auch in den englischen Kolonien, ferner die Maßnahmen der englischen Regierung gegen die Londoner Bankfilialen deutscher und österreichischer Institute zu erwähnen. Letzteres wäre noch nicht das Schlimmste, wenn die von der englischen Regierung geforderte Bezahlung der diesen Filialen schuldigen Beträge ihnen tatsächlich zufließt, doch ist gewiß anzunehmen, daß diese Anordnung nicht im Interesse dieser Filialen erfolgt ist. Der Nebenzweck oder, besser gesagt, der Hauptzweck ist wohl, durch den eventuellen Verkauf von Effekten, womöglich nach Amerika, die englische Valuta zu bessern. Dem zuweilen scharfen Rückgang des Sterlingkurses in New-York hat bisher immer nur durch den Abfluß amerikanischer Effekten aus England nach New-York Einhalt getan werden können. Nach der Aufstellung eines großen New-Yorker Blattes sollen seit Kriegsbeginn bereits nicht weniger als 950 Millionen Dollar, das sind nahezu fünf Milliarden Kronen, aus dem englischen Besitz

amerikanischer Papiere über den Ozean hinweg gewandert sein.

Schon nach den ersten englischen Gewaltmaßnahmen, bald nach Ausbruch des Krieges wurde in Berlin die Anregung dazu gegeben für den ganzen überseeischen Zahlungsverkehr für welchen London den finanziellen Mittelpunkt bildete, sich von England zu emanzipieren und das deutsche Bankakzept an die Stelle des Londoner treten zu lassen. Aus dem Remboursgeschäft hat England ungeheuren Nutzen gezogen. Es war seit jeher gewohnt das Passivum seiner Handelsbilanz, welche in normalen Jahren ungefähr drei Milliarden Kronen betrug, zum Teil mit den Gewinnen zu decken, welche ihm die Bankkommissionen für die Abwicklung internationaler Handelstransaktionen eintrugen. Darin wird sich nur wohl manches ändern. Immer häufiger ertönt in der deutschen Kaufmannschaft der Ruf: Los von London! In erster Linie wollen es sich die deutschen Importhäuser und die deutschen Ueberseebanken in Brasilien, Chile usw. zur Aufgabe machen, das englische Akzept durch das deutsche möglichst zu verdrängen, ihm die überragende Stellung zu nehmen, die es im internationalen Zahlungsverkehr innehatte. Allerdings ist dies nicht so leicht durchführbar. Alte Gepflogenheiten lassen sich nicht ohne Schwierigkeit durch neue Usancen ersetzen. Indes, die Engländer zwingen ja selbst dazu, sich kräftig gegen ihre, sich auch auf die Zeit nach dem Kriege erstreckenden feindseligen Pläne zur Wehre zu setzen. Sie sind sich dessen offenbar nicht recht bewußt, welchen Schaden sie mit ihren Bohlottdrohungen und ihrem ganzen gegenwärtigen Verhalten sich selbst zufügen. Jeder Handel ist zweiseitig. Man führt aus und man führt ein. Die englische Ausfuhr nach Deutschland betrug vor dem Kriege rund 1 Milliarde Mark, und unter den aus Deutschland von den Bewohnern Englands bezogenen Waren sind ja eine Menge, die für sie unentbehrlich sind und die im Frieden wiederzubekommen sie schließlich werden froh sein müssen.

Ueberhaupt sind Deutschland und Oesterreich-Ungarn England gegenüber auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete nicht so wehrlos, wie man in London in blindem Eifer anzunehmen scheint. Die Verhältnisse sind stärker als die kurzfristigen Pläne der auf der Pariser Wirtschaftskonferenz vereinigt gewesenen Entente-politiker. Es ist ja klar, daß die Engländer und Franzosen, die auch schon vor dem Kriege am liebsten keine deutschen und österreichisch-ungarischen Waren bezogen hätten, sie nicht kauften, um uns und den Deutschen gefällig zu sein. Mit Mitteleuropa Handel zu treiben, muß ihnen mindestens ebenso wertvoll sein wie den Mittelmächten. Es ist ja lächerlich, zu glauben, daß sie diesen Außenhandel den neutralen Konkurrenten überlassen werden. Auch hört man Stimmen genug aus ihrem eigenen Lager, die den auf wirtschaftlichem Gebiete angedrohten Krieg nach dem Kriege für eine Utopie erklären. Insbesondere Italien und Rußland könnten einen solchen Wirtschaftskrieg kaum ein Jahr lang ertragen. Und was die Neutralen betrifft, so können diese wohl im Kriege von vielen Geschäftsverbindungen gewaltsam ferngehalten werden, im Frieden werden sie sich aber gewiß nicht abhalten lassen, ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen gemäß zu handeln.